

Johannesstift Diakonie gAG · Siemensdamm 50 · 13629 Berlin

Abgeordnetenhaus von Berlin
– Petitionsausschuss –
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Andreas Mörsberger
Sprecher des Vorstandes

Telefon 030 762891-100
Telefax 030 762891-264

vorstandssekretariat@jsd.de
www.johannesstift-diakonie.de

Faire Bedingungen für alle Krankenhäuser in Berlin – Ungleichbehandlung beenden

25.08.2026

Sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses,

als Vorstand der Johannesstift Diakonie wenden wir uns mit dieser Petition an das Abgeordnetenhaus von Berlin – in großer Sorge um die Zukunft der Krankenhausversorgung in unserer Stadt und mit der dringenden Bitte, jetzt faire politische Entscheidungen zu treffen.

Berlin braucht eine verlässliche Krankenhausversorgung. Alle Krankenhäuser tragen Verantwortung für die Menschen in dieser Stadt – unabhängig davon, wem sie gehören. Dennoch erhalten landeseigene Krankenhäuser zusätzliche Unterstützung vom Land Berlin, während freigemeinnützige Krankenhäuser wie die der Johannesstift Diakonie leer ausgehen. Diese Ungleichbehandlung gefährdet funktionierende und zumindest von unserer Seite aus wirtschaftlich stabile Versorgungsstrukturen.

Wer wir sind

Die Johannesstift Diakonie ist ein wichtiger Teil der Berliner Gesundheitsversorgung. Unsere Krankenhäuser versorgen jährlich über 340.000 Patient*innen – rund 300.000 davon in Berlin, rund um die Uhr, stationär wie ambulant. Mit insgesamt 11.740 Beschäftigten, darunter 6.760 Mitarbeitende in den Berliner Krankenhäusern und Medizinischen Versorgungszentren, zählen wir zu den TOP 10 Arbeitgebern der Region. Wir sind an acht Krankenhäusern und elf ambulanten Versorgungsstandorten in Berlin für die Menschen da. Als Komplexträger sind unsere Krankenhäuser zudem eng mit weiteren

Arbeitsbereichen vernetzt – von der stationären und ambulanten Altenhilfe über die Jugendhilfe bis zu Angeboten für Menschen mit Behinderungen. Auch in der Bildung sind wir sehr aktiv. Alle diese Bereiche wären von einer Schwächung unserer Kliniken mittelbar betroffen.

Worum es geht

Das Gesundheitssystem steht unter Druck: Die Menschen werden älter und brauchen mehr Behandlung und Pflege, gleichzeitig fehlen Fachkräfte, und die Kosten für Personal, Energie und medizinische Versorgung steigen. Die Krankenhausreform verlangt von allen Häusern Veränderungen und erhebliche Investitionen.

Das Problem ist nicht die Reform – das Problem ist die Ungleichbehandlung der Krankenhäuser:

- Einseitige Unterstützung landeseigener Häuser: Landeseigene Krankenhäuser haben seit 2019 über 1 Milliarde Euro aus Steuergeldern für Verlustausgleiche und Eigenkapitalzuführungen erhalten. Freigemeinnützige Krankenhäuser wie die Johannesstift Diakonie erhalten diese Hilfe nicht – bei gleichem Versorgungsauftrag.
- Unzureichende Investitionsfinanzierung: Die Bundesländer sind gesetzlich verpflichtet, Mittel für Gebäude, Medizintechnik und Modernisierung bereitzustellen. In der Praxis reichen diese Mittel seit Langem nicht aus. Die Johannesstift Diakonie muss seit Jahren rund die Hälfte ihrer notwendigen Investitionen selbst finanzieren – durchschnittlich rund 12 Millionen Euro pro Jahr.

Wenn leistungsfähige Krankenhäuser dauerhaft unter wirtschaftlichem Druck stehen, hat das unmittelbare Folgen für die Bevölkerung von Berlin.

Unsere Forderungen an das Abgeordnetenhaus von Berlin

Wir bitten das Abgeordnetenhaus, sich für folgende Punkte einzusetzen:

Gleiche Regeln für alle.

Wenn das Land Krankenhäuser unterstützt, müssen dafür nachvollziehbare und einheitliche Kriterien gelten. Öffentliche Mittel dürfen nicht davon abhängen, wer ein Krankenhaus betreibt. Zusätzliche Hilfen nur für landeseigene Häuser, während freigemeinnützige Krankenhäuser leer ausgehen, widersprechen fairen und nachvollziehbaren Regeln. Die gesetzlich verankerte Trägervielfalt muss erhalten bleiben.

Entscheidungen nach Versorgungsbedarf.

Bei der Krankenhausplanung sollten Qualität, Versorgungsbedarf und Leistungsfähigkeit entscheidend sein – nicht die Trägerschaft. So kann gute Versorgung gesichert werden, in der Stadt insgesamt und möglichst nah an den Menschen.

Verlässliche Finanzierung von Investitionen

Krankenhäuser brauchen ausreichend Mittel, um Gebäude zu modernisieren, Medizintechnik zu erneuern und die Krankenhausreform umzusetzen. Ohne diese Grundlage kann gute Versorgung auf Dauer nicht gesichert werden.

Eine Reform, die stärkt statt schwächt.

Die Krankenhausreform kann sinnvoll sein. Sie darf aber nicht dazu führen, dass gerade die Häuser unter Druck geraten, die heute schon viel Verantwortung für die Versorgung übernehmen.

Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, prägen die Krankenhausversorgung in Berlin für viele Jahre. Es geht darum, ob die Menschen auch in Zukunft schnell, verlässlich und gut versorgt werden können. Wer gute Versorgung sichern will, muss faire Bedingungen für alle Krankenhäuser schaffen – unabhängig von der Trägerschaft.

Dieses Anliegen bewegt nicht nur uns als Träger, sondern auch zahlreiche Bürger*innen, Mitarbeitende sowie Patient*innen. Um deren Stimmen ebenfalls Gehör zu verschaffen, führen wir eine öffentliche Kampagne mit einer begleitenden Unterschriftensammlung durch. Wir erlauben uns, Ihnen die Ergebnisse dieser Sammlung im weiteren Verlauf des parlamentarischen Verfahrens nachzureichen, um das wachsende öffentliche Interesse zu dokumentieren. Wir bitten Sie, diesen Aspekt in Ihrem Beratungszeitplan zu berücksichtigen.

Wir bitten den Petitionsausschuss, sich mit diesem Anliegen zu befassen, es dem Senat zur Stellungnahme zuzuleiten und sich für faire, trägerneutrale Regeln in der Berliner Krankenhausfinanzierung und -planung einzusetzen.

Gern erläutern wir unsere Situation auch in einem persönlichen Gespräch vor Ort in einem unserer Krankenhäuser. Für einen Austausch laden wir Sie herzlich ein.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Mörsberger/ Sprecher des Vorstandes der Johannesstift Diakonie